

Landkreis Ravensburg

den 14. Apr. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 16.03.2016 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Rolf Engler,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Karl Immler,

Herr Clemens Moll,

in Vertretung für KR Stütze

Herr Dr. Daniel Rapp,

Herr Volker Restle,

FWV

Herr Jochen Fischinger,

Herr Rainer Magenreuter,

Herr Bernhard Schultes,

Herr Oliver Spieß,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Herr Manfred Lucha, MdL,

Herr Dr. Ulrich Walz,

SPD

«sitext» vom «sidat»

Herr Rudolf Bindig,
Herr Rainer Marquart,

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Peter Brecht,
Herr Gerd Hägele,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Amtsleiter Verkehrsamt
Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft

Herr Hubert Messmer,
Herr Georg Rupp,

Eigenbetrieb IKP
Dezernent Allg. Verwalt., Kultur u. Bürgerservice

Frau Sybille Schuh,
Herr Walter Sieger,

Amtsleiterin Finanzverwaltung
Dezernent Kreisentwickl., Wirtsch. u. ländl. Raum

Frau Birgit Werner,

Sozial- und Inklusionsamt

Gäste

Herr Ekkehard Falk,

Polizeipräsidium Konstanz, zu TOP 3

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

wird von Frau Meschenmoser vertreten

CDU

Herr Elmar Buemann,
Herr Axel Müller,
Herr Robert Stützle,

wird von KR Moll vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
3. Sicherheitslage im Landkreis Ravensburg; Gast: Herr Polizeipräsident Ekkehard Falk
4. 0033/2016
Haushaltsvollzug 2015 - Finanzbericht zum 31.12.2015
5. 0034/2016
Liquiditätsdarlehen für die Ravensburger Entsorgungsanlagengesellschaft (REAG)
6. 0035/2016
Genehmigung von Spenden
7. 0027/2016
Ravensburg, Unterbringung Flüchtlinge: Herstellen Sammelunterkunft Charlottenstraße
8. 0012/2016
Bad Waldsee, ehem. Personalwohngebäude am Krankenhaus: Einbau Zulassungsstelle
9. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

10. 0031/2016

Betrauung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)

11. 0044/2016

Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Ravensburg

12. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 08.03./14.03.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Die stv. Vorsitzende verweist auf die als Tischvorlage ausgeteilte aktualisierte Tagesordnung mit Datum 14.03.2016 und erläutert die Gründe.

Zur geänderten Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht.

Es gibt auch keine sonstigen, darüber hinausgehenden Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 17.11.2015 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3. Sicherheitslage im Landkreis Ravensburg; Gast: Herr Polizeipräsident Ekkehard Falk

Herr Falk stellt die Sicherheitslage im Landkreis Ravensburg mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Präsentation wurde den Fraktionsvorsitzenden am 17.03.2016 per Mail zugestellt. Außerdem ist sie in session als Anlage zu diesem TOP hinterlegt.

Herr Falk beantwortet die Fragen der KRe Engler, Dr. Walz, Gallasch und Moll zur Aussagekraft der genannten Prozentsätze, zu den erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung der Polizei, zu der hohen Zahl von tatverdächtigen mazedonischen Flüchtlingen und zum Personalschlüssel bei den einzelnen Revieren.

Die KRe Dr. Rapp und Lucha danken für das ruhige, unaufgeregte und besonnene Vorgehen der Polizei und betonen die positive Wirkung von Präventionsprojekten.

Herr Falk erläutert das Personalkonzept der Polizei und dessen Umsetzung nach der Reform.

KR S. Scharpf tauscht sich mit Herrn Falk über die Vor- und Nachteile der ethnischen Trennung in den Unterkünften aus.

Die KRe Gallasch und Nippe wollen die Begriffe „Tatverdächtiger“ und „Täter“ stärker differenziert wissen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Haushaltsvollzug 2015 - Finanzbericht zum 31.12.2015 (0033/2016)

Herr Baur erklärt die Sitzungsvorlage und fasst den Finanzbericht zusammen.

KR Bindig verweist auf die äußeren Faktoren, die das Jahresergebnis beeinflusst haben. Man dürfe hier nicht ausschließlich den „Schlitzohr-Faktor“ des Kämmerers ins Feld führen.

KR Spieß entgegnet, dass diese überschüssigen Mittel eigentlich den Gemeinden zustehen würden. Bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsplanes müsse diesbezüglich deutlich mehr Sorgfalt verwendet werden.

Die stv. Vorsitzende betont, dass die Verwaltung selbst bestrebt sei, im Haushaltsplan verlässliche Zahlen und Hochrechnungen zugrunde zu legen.

Herr Baur informiert über den Ablauf der Klausur zur Kreisstrategie am 12.05.2016. In einem gesonderten Themenblock solle die Finanzpolitik des Landkreises gemeinsam gestaltet werden.

Frau Werner und Herr Rupp beantworten die Fragen von KRin Dr. Brehm zur Hilfe zur Gesundheit in einem Einzelfall und zum vorsorglichen Ansatz von Mitteln, die aber nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. Liquiditätsdarlehen für die Ravensburger Entsorgungsanlagengesellschaft (REAG) (0034/2016)

Beschlussentwurf:

Der Landkreis gewährt der Ravensburger Entsorgungs Anlagen Gesellschaft mbH (REAG) ein Liquiditätsdarlehen. Der Darlehensvertrag wird für die Zeit vom 01.04.2016 bis zum 31.03.2021 abgeschlossen. Für die in Anspruch genommene Darlehenssumme werden Zinsen in Höhe des 3-Monats-Euribors, jedoch mindestens in Höhe von 0,3 % berechnet.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Genehmigung von Spenden (0035/2016)

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Annahme und der Vermittlung der Spenden zu.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. Ravensburg, Unterbringung Flüchtlinge: Herstellen Sammelunterkunft Charlottenstraße (0027/2016)

Die stv. Vorsitzende räumt ein, mit der Stadt Ravensburg im Vorfeld die Unterbringung von lediglich 80 Personen vereinbart zu haben. Nach dem aktuellen Planungsstand könne das Gebäude nun jedoch zur optimalen Ausnutzung und Stärkung der Wirtschaftlichkeit mit 126 Personen belegt werden. Im Gegenzug werde das Landratsamt an einem anderen Standort im Quartier Nordstadt auf die Aufstellung eines Containers verzichten, um die Gesamtzahl der dort untergebrachten Flüchtlinge unverändert zu belassen.

Auf Frage von KR Fischinger geht Herr Meißner auf die fehlende Ausbaufähigkeit des Dachgeschosses ein. Die Anbringung von Photovoltaik sei nicht betrachtet worden, könne aber in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ravensburg noch geprüft werden.

KR Engler kritisiert die kurzfristige Information über die Ausweitung der Kapazität. Diese sei bezogen auf die Quantität ja nachvollziehbar, nicht jedoch hinsichtlich der Sozialstruktur. Er fordert eine Darstellung der Betreuung von so vielen konzentriert untergebrachten Menschen.

Die stv. Vorsitzende bittet um Verständnis, dass es nicht gelungen sei, die Abstimmung mit der Stadt Ravensburg rechtzeitig herbeizuführen. Selbstverständlich werde das Landratsamt die soziale Betreuung vor der Belegung, geplant für Anfang 2017, in Abstimmung mit der Stadt konzeptionell gut vorbereiten.

KR Dr. Rapp bestätigt die grundsätzlich gute Zusammenarbeit von Stadt und Kreis. Er legt Wert darauf, dass alle Beteiligten auch in ein bis zwei Jahren noch das Gefühl haben, dass die Flüchtlinge im Kreis gut und gerecht verteilt wurden. Am Ende dürfe man nicht feststellen, dass die Interimsstandorte in den Gemeinden aufgelöst, die städtischen Zentren jedoch beibehalten worden seien. Um dies zu vermeiden, müsse nach wie vor auf eine ausgeglichene Verteilung im Landkreis geachtet werden. Er kündigt für die heutige Beschlussfassung seine Stimmenthaltung an, weil für die Entscheidung im Stadtrat lediglich 80 Personen zugrunde gelegt worden seien.

Die stv. Vorsitzende und KR Lucha schildern die möglichen Szenarien bezüglich Art und Ausmaß der Verantwortlichkeiten in der vorläufigen Unterbringung und in der Anschlussunterbringung.

Die KRe Spieß und Dr. Rapp tauschen sich über das Funktionieren und die Fortsetzung des Solidarpaktes aus.

KR Dr. Rapp regt an, die vorhandenen Räumlichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen je nach Bedarf universal zu nutzen (Land, Kreis und Städte/Gemeinden). Nachdem eine deutliche Verlagerung der Themenschwerpunkte von der Unterbringung zur Integration zu erkennen sei, müssten Interimslösungen durch verstärkten Wohnungsbau abgelöst werden. Jede Kommune solle einen qualifizierten Mietpreisspiegel erstellen. Nur durch eine objektbezogene Bewertung könne eine Ungleichbehandlung von den hier in Armut lebenden Menschen einerseits und Flüchtlingen andererseits vermieden werden.

KR Henle ruft dazu auf, die belegten Hallen wieder frei zu geben.

KR Engler kommt nochmals auf die Situation am Standort Charlottenstraße zu sprechen. Er möchte wissen, wie die Verwaltung hier die Sozialstrukturen regeln wird. Eine Belegung mit mehr als 80 Personen sei nicht vertretbar. Er werde dem heutigen Beschlussentwurf nicht zustimmen und begründet dies mit der fehlenden Sozialverträglichkeit.

Die stv. Vorsitzende bekräftigt, diese Problematik im Benehmen mit der Stadt zu lösen. Dies sei anderenorts ja auch gelungen.

KR S. Scharpf erwähnt das am Vortag im Kultur- und Schulausschuss von KR M. Scharpf formulierte Anliegen, die Zehntscheuer im Bauernhaushausmuseum wieder für die Allgemeinnutzung freizugeben.

Die stv. Vorsitzende teilt mit, dass nach der ausführlichen Debatte im Kultur- und Schulausschuss eine Klarstellung hinsichtlich der Erfüllung der geforderten Quote durch die Gemeinde Wolfegg und bezüglich der etwaigen Regressforderungen gesucht werde. In einer entsprechenden Zuvorlage für die Sitzung des Kreistags am 22.03.2016 sollen die aktuellen Zahlen aufbereitet werden. Die stv. Vorsitzende gibt zu bedenken, dass eine Kehrtwende von der Kehrtwende im Falle wieder ansteigender Flüchtlingszahlen eine fatale Wirkung entfalten würde. Die erneute Absage von wieder gebuchten Feiern in der Zehntscheuer würde auf keinerlei Verständnis stoßen. Der Impuls zur verbindlichen Freigabe sowie der Auftrag an die Verwaltung, nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Museumsgelände zu suchen, müsse aus den Reihen der Fraktionen kommen.

KR Restle ist nicht der Ansicht, dass der Impuls in Form eines Antrags vom Kreistag kommen müsse. Seiner Auffassung nach ist es die Aufgabe der Verwaltung, ggf. aktiv zu werden und Stellung zu beziehen.

Die stv. Vorsitzende führt aus, dass die Zu-Vorlage für die Kreistagssitzung alle notwendigen Aussagen und Fakten beinhalten werde.

Beschlussentwurf:

Dem Umbau des durch den Landkreis Ravensburg für den Zweck zur Unterbringung von Flüchtlingen erworbenen Gebäudes Charlottenstraße 47 in Ravensburg wird entsprechend den ausgearbeiteten Planungen für 128 Personen zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Planungen und das Baugenehmigungsverfahren für Umbaumaßnahmen in Höhe von 993.000 € voranzutreiben, die Ausarbeitung der Leistungsverzeichnisse als Vorbereitung der Beauftragung der Bauleistungen abzuschließen, die Vergabe der Bauleistungen vorzunehmen sowie die bauliche Umsetzung in eigener Zuständigkeit durchzuführen.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und drei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

8. Bad Waldsee, ehem. Personalwohngebäude am Krankenhaus: Einbau Zulassungsstelle (0012/2016)

Herr Baur erläutert die Sitzungsvorlagen und macht darauf aufmerksam, dass die geforderte Kostenberechnung als Tischvorlage ausgeteilt wurde.

Herr Baur beantwortet die Fragen von KR Nippe.

Beschlussentwurf:

Der vorgestellten Variante 1 zur Einrichtung eines Kundenservicecenters mit Zulassungsstelle in den Räumen des Personalwohnheimes beim Krankenhaus Bad Waldsee wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur aufgezeigten Varianten 1 fortzuführen, die Ausschreibungen und Vergabeverfahren vorzubereiten und die Bauleistungen in eigener Zuständigkeit im Rahmen des Projektbudgets in Höhe von 515.000 € zu vergeben und umzusetzen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

9. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Verwaltungsausschuss am 16.03.2016:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

10. Betrauung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) (0031/2016)

Beschlussentwurf:

1. Die Stadt Friedrichshafen, die Stadt Ravensburg, der Landkreis Bodenseekreis, der Landkreis Ravensburg, die Gemeinde Meckenbeuren, die Stadt Weingarten, die Stadt Aulendorf, die Gemeinde Wolpertswende, die Gemeinde Baienfurt, die Gemeinde Berg, die Gemeinde Baintdt und die Gemeinde Fronreute haben sich zu einer Gruppe von Behörden im Sinne der VO (EG) Nr. 1370/2007 zusammengeschlossen und stimmen darin überein, zur beihilfenrechtskonformen Ausgleichsgewährung die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (BOB) mit der Erbringung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Gebiet der Behördengruppe, einschließlich der Verantwortung für die Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur, zu betrauen. Die Betrauung erfolgt, entsprechend dem als Anhang beigefügten Betrauungsakt, auf Grundlage der VO (EG) Nr. 1370/2007, durch korrespondierende Gremienbeschlüsse der Mitglieder der Behördengruppe mit einer gesellschaftsrechtlichen Weisung.
2. Die Aufgabe der Verkehrsleistungserbringung (einschließlich der Verantwortung für die Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur) bildet den Inhalt der gemeinschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der von der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zu erbringenden Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Diese Tätigkeiten sind bereits als Unternehmensgegenstand der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG festgehalten und entsprechen der bisherigen Praxis vor der Betrauung. Sowohl die Qualität und der Umfang der Verkehrsleistungserbringung als auch die Parameter zur Berechnung der Ausgleichsleistung ergeben sich aus dem Anhang. Im Wege einer „ex-post-Kontrolle“ wird zudem sichergestellt, dass keine Überkompensation vorliegt.
3. Der Landrat hat auf die Umsetzung dieses Beschlusses in der Gesellschafterversammlung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co KG über eine gesell-

schaftsrechtliche Weisung hinzuwirken.

4. Soweit beihilfenrechtliche, steuerrechtliche oder sonstige rechtliche Gründe redaktionelle oder geringfügige sonstige Änderungen an der als Anhang beigefügten Betrauung erforderlich machen, die den wirtschaftlichen Inhalt der Betrauung nicht berühren, ist der Landrat zur Vornahme dieser Änderungen berechtigt. Den Gemeinderäten der Stadt Friedrichshafen, der Stadt Ravensburg, der Gemeinde Meckenbeuren, der Stadt Weingarten, der Stadt Aulendorf, der Gemeinde Wolpertswende, der Gemeinde Baienfurt, der Gemeinde Berg, der Gemeinde Baidt und der Gemeinde Fronreute sowie dem Kreistag des Landkreises Bodenseekreis ist die endgültige Fassung des Anhangs zur Kenntnis zu geben.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Stv. Vorsitzende

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Rudolf Bindig

Hans-Jörg Henle